

Zusammenfassung der Nachrichten vom 7.-13.1.2019 Nicaragua

- Die Nationale Einheit Blau und Weiß (UNAB) schickte am Sonntag, 6. Januar eine Botschaft an die Außenminister der Organisation Amerikanischer Staaten (OEA), betreffend die nächste außerordentliche Sitzung vom 11. Januar: "Wir bitten Sie um Ihre Zusammenarbeit, damit das begonnene Procedere mit Unterstützung durch Ihre Regierung in der Wiederherstellung der Demokratie endet, mit voller Gültigkeit der Menschenrechte, Stabilität und innerem Frieden, was auch im Interesse von Zentralamerika und der Hemisphäre liegt", steht in dem Brief, der auch an den Generalsekretär der Organisation, Luis Almagro, geschickt wurde. In dem Schreiben wird ausgeführt, dass "die nicaraguanische Regierung mit den wichtigsten Elementen der repräsentativen Demokratie und mit den fundamentalen Komponenten der Ausübung von Demokratie gebrochen hat, wie sie in Artikel 3 und 4 der Interamerikanischen Demokratischen Charta beschrieben sind", und dass 8 Monate nach Ausbruch der sozialen Unruhen im Land "ein Staatsterrorismus herrscht, der durch einen hochgradig repressiven Polizeistaat durchgesetzt wird".

<https://www.vostv.com.ni/nacionales/9372-unab-gobierno-de-nicaragua-ha-roto-con-los-element/>

- In einer kürzlich an beide Staaten verschickten Botschaft hat der Heilige Vater erneut die schweren Menschenrechtsverletzungen durch die Regimes von Daniel Ortega und Nicolás Maduro unterschlagen. Aus diesem Grunde hat eine Gruppe von 20 lateinamerikanischen Ex-Präsidenten einen harten Brief geschrieben, um auf die Forderung nach "Eintracht" durch Francisco aufmerksam zu machen. Der Brief führt detailliert auf, dass die VenezolanerInnen "Opfer der Unterdrückung durch eine militarisierte Narco-Diktatur sind, die keine Bedenken hat, systematisch das Recht auf Leben, Freiheit und persönliche Unversehrtheit mit Füßen zu treten". Er bezieht sich auch auf die mehr als 3 Millionen Flüchtlinge, die schon vor der Krise geflohen sind, "in eine Diaspora, die von der UNO für 2019 auf 5.4 Millionen Menschen geschätzt wird". Die Bevölkerung in Nicaragua wiederum geht weiterhin auf die Straße trotz der brutalen Repression des Ortega-Regimes, die nach Angaben von lokalen Menschenrechtsorganisationen schon mehr als 400 Tote gekostet hat. Ebenso wie Maduro gibt Ortega unter keinen Umständen nach und klammert sich trotz national und international ausgeübten Drucks an die Macht

<https://www.infobae.com/america/venezuela/2019/01/07/veinte-ex-presidentes-de-america-latina-cuestionaron-duramente-al-papa-francisco-por-sus-dichos-sobre-venezuela-y-nicaragua/>

- Es war keine größere Überraschung, dass der Abgeordnete der Diktatur von Daniel Ortega und Rosario Murillo, Gustavo Porras, am 9. Januar als Präsident der Nationalversammlung für weitere 2 Jahre wiedergewählt wurde. Porras, einer der wichtigsten Politikmanager der Vizepräsidentin Rosario Murillo, wurde im Amt mit 81 Stimmen bestätigt. Ebenso wurden alle Mitglieder des Parlamentspräsidiums, die loyal zu El Carmen stehen, wiedergewählt. Neben seiner Parteiarbeit in der Legislative war Porras - der auch Generalsekretär der Gewerkschaft der GesundheitsarbeiterInnen (Fetsalud) ist - seit April, als die soziopolitische Krise ausbrach, eingebunden in Aktionen der Repression. Das Ergebnis der brutalen Repression beläuft sich bis jetzt offiziell auf 325 bestätigte Tote, Tausende von Verletzten, Dutzende von Verschwundenen, mehr als 600 politische Gefangene und Tausende von politisch verfolgten Exilierten.
<https://confidencial.com.ni/el-leal-gustavo-porras-reelecto-presidente-de-la-asamblea-nacional/>
- Beamte der Anti-Aufstandseinheiten der Nationalen Polizei Nicaraguas umstellten am Mittwochnachmittag 9. Januar das Gebäude von Hispamer in Managua, wo die XIII. Verleihung des Pedro Joaquín Chamorro-Preises stattfindet. Die Polizisten waren schwer bewaffnet und mit mehreren gepanzerten Fahrzeugen vorgefahren, die Offiziere kamen außerdem in Zivilautos. Die Stiftung Violeta Barrios de Chamorro hatte heute um 15 Uhr zur Verleihung des Preises Pedro Joaquín Chamorro an herausragende Journalisten im Gebäude Hispamer eingeladen, und die Feierlichkeit wurde trotz der polizeilichen Belagerung nicht abgesagt. In Übereinstimmung mit der Stiftung Violeta Barrios de Chamorro ist diese Auflage des Preises Ángel Gahona gewidmet, dem Journalisten, der am 21. April umgebracht wurde, als er von den Demonstrationen gegen die Regierung in Bluefields berichtete, und allen den Journalisten, die in Zusammenhang mit der Krise Nicaraguas seit dem 18. April Belagerung, Aggression und Verfolgung ausgesetzt sind.
<https://www.elnuevodiario.com.ni/nacionales/483022-policia-nicaragua-asedio-hispamer-periodistas/>
- Die soziopolitische Krise, die Nicaragua seit dem 18. April erschüttert, hat im Rahmen der Repression der Proteste gegen die Regierung von Daniel Ortega mindestens 561 Tote und 4578 Verletzte gekostet, informierte am Mittwoch die Nicaraguanische Vereinigung für die Menschenrechte (ANPDH). Die Anzahl der Opfer, die höher ist als die am 23. November von der ANPDH berichteten 545, steht in einem "vorläufigen Bericht über die Konsequenzen der bürgerlichen nicaraguanischen Proteste als Menschenrecht", sagte der leitende Sekretär der humanitären Organisation,

Álvaro Leiva, zu Journalisten. Die Anzahl der Verletzten stieg nach der Statistik der Organisation bis zum 3. Januar ebenfalls von 4.533 auf 4.578 an, kritisierte der Funktionär.

<https://www.infobae.com/america/america-latina/2019/01/09/la-represion-del-regimen-de-daniel-ortega-en-nicaragua-acumula-561-muertos-y-4-578-heridos-desde-el-18-de-abril/>

- Venezuela und Nicaragua sind die Länder, die am meisten zurückfielen im jährlichen Demokratie-Ranking, das von der Zeitschrift The Economist erstellt und am Mittwoch publiziert wurde, und sind zusammen mit Cuba die einzigen 3 Länder in Lateinamerika, die als "autoritäre Regimes" angesehen werden. Die Diktaturen von Nicolás Maduro (Platz 134) und Daniel Ortega (122) fielen um 17 Plätze auf der jährlichen Liste zurück im Vergleich mit dem vorherigen Zeitraum. Dadurch änderte sich die Klassifizierung Nicaraguas, das vorher als "hybrides Regime" bezeichnet wurde. Cuba steht auf dem letzten Platz der Region mit Platz 144. Im Gegensatz dazu gelang es Costa Rica (20), seinen Status von "fehlerhafte Demokratie" in "vollständige Demokratie" zu ändern, diese Bezeichnung teilt es nur mit Uruguay (Platz 15).

<https://www.infobae.com/america/america-latina/2019/01/09/ranking-mundial-de-democracias-america-latina-retrocede-empujada-por-cuba-venezuela-y-nicaragua/>

- Das maximale Gehalt zur Berechnung des Anteils der Beitragszahler an die Sozialversicherung stieg um 10,03% im Januar von 88.006 C\$ auf 96.842 C\$. Trotzdem bleibt die maximale Höhe der Rente mit 1.500 US\$ gleich. José Adán Aguerri, Vorsitzender des Unternehmerverbandes (COSEP), gab an, dass der wirtschaftliche Rückgang die Unternehmen gezwungen hat, so viel wie möglich einzusparen, und diese Maßnahmen beeinträchtigen zusätzlich die Finanzen der Unternehmen. Außerdem erinnerte er daran, dass das Land sich in "einem Szenarium einer verringerten Nachfrage befindet, das charakterisiert ist durch eine große Unsicherheit und eine Vertrauenskrise nicht nur der VerbraucherInnen sondern auch der Produzierenden und Investoren. Zusammen mit anderen Ursachen bewirkt das eine Reduktion der Unternehmenseinkommen". Der Sachverständige für soziale Sicherheit, Manuel Israel Ruiz, bestätigte seinerseits, dass die Maßnahme den Privatsektor betrifft, weil "ein Unternehmen, das einen Versicherten hat, der mehr als dieses Höchsteinkommen verdient, die vereinbarten 19% als Arbeitgeberbeitrag bezahlt, jetzt aber auf der Basis der neuen Beitrags-Bemessungsgrenze von 96.842 C\$."

<https://www.elnuevodiario.com.ni/economia/482985-cosep-inss-afecta-empresas-nicaragua/>

- Nicaragua, Bolivien, Cuba, El Salvador, Mexico und Uruguay haben sich entschieden, das chavistische Regime zu unterstützen trotz der Beweise über systematische Menschenrechtsverletzungen und Wahlbetrug. Auf der anderen Seite kündigten 13 Länder der Region schon an, dass sie die Regierung nicht anerkennen. Der Grund für diese Entscheidung wurde aus dem letzten Dokument der Gruppe, das am 8. Januar in Lima unterzeichnet wurde, klar: Der Zeitraum, für den Maduro eingesetzt werden möchte, ist "nicht legitim". Darüber hinaus drängen sie das Regime inständig, die Macht bis zu neuen - und freien - Wahlen auf die Nationalversammlung zu übertragen. Die Haltung zeigt auch die große Sorge dieser Länder angesichts einer politischen, sozialen und humanitären Krise, die bereits den Exodus von 2,5 Millionen VenezolanerInnen verursacht hat. Der kämpferischste Verteidiger von Maduro ist Daniel Ortega, wahrscheinlich weil die Regimes ähnlich sind, und er befürchtet, der nächste auf der schwarzen Liste der Gruppe von Lima zu sein. Tatsächlich fährt er selbst zur Amtseinführung und schrieb einen Solidaritätsbrief: "Die Schande ist auf ihrer Seite, die Würde auf unserer. Wir sind zusammen, freie und anständige Völker unseres Amerikas, nehmen unsere Rechte wahr und fordern mit Bolívar, Chávez, Fidel und Sandino ein freies Vaterland." Neben Ortega schlossen sich der kubanische Präsident Miguel Díaz-Canel und sein bolivianischer Amtskollege Evo Morales an, überzeugte Verteidiger des chavistischen Regimes.

<https://www.infobae.com/america/america-latina/2019/01/10/cuales-son-los-unicos-seis-paises-latinoamericanos-que-reconoceran-el-nuevo-mandato-de-nicolas-maduro/>

Der diktatorische Abweg der Regierung von Daniel Ortega und Rosario Murillo hat dazu geführt, dass die Nachrichtenabteilung des The Economist (EIU) Nicaragua unter den Ländern auf der Welt mit einem "autoritären Regime" aufführt. Die Liste enthält Länder wie: Nordkorea, Syrien, Russland, Ruanda, Libyen, China, und in Lateinamerika Venezuela und Cuba. Gleichzeitig kommt sie zu dem Ergebnis, dass die Perspektiven für eine Verhandlungslösung der Krise "düster sind", da "Ortega herausfordernd an der Macht bleibt". Der Demokratie-Index der EIU - die zur britischen Gruppe von The Economist gehört - führt Nicaragua zum ersten Mal in dieser Kategorie auf. Das Land ist auf Platz 122 von 167. Asiatische und afrikanische Länder wie Jordanien, Mozambique, Kuwait, Birma, Mauretanien, Niger und die Komoren liegen vor Nicaragua bei den Ländern mit einem "autoritären Regime". Auf der Basis von Bewertungen klassifiziert die EIU jedes Land in 4 Arten von Regierungen: "volle Demokratie", "fehlerhafte Demokratie", "hybrid" und "autoritär". Nicaragua hat sich von

der Kategorie hybrides Regime zu autoritäres Regime verändert, und schließt sich damit Venezuela und Cuba an. Der Präsident Daniel Ortega ist seit 2007 im Amt, in dieser Zeit hat er seine Macht in allen staatlichen Institutionen gefestigt. Und trotzdem, trotz einer so starken Kontrolle der Macht, sieht sich Ortega 2018 mit der schwersten und am stärksten destabilisierenden politischen Krise seit den 80er Jahren konfrontiert", betont das Dokument, das am Dienstag veröffentlicht wurde.

<https://confidencial.com.ni/eiu-daniel-ortega-permanece-desafiante/>

- "Lasst uns miteinander reden", ist ein Aufruf einer Gruppe nicaraguanischer BürgerInnen an den Kommandanten Daniel Ortega, um einen Ausweg aus der sozio-politischen Krise des Landes zu finden, die ausgelöst wurde durch das Massaker gegen die bürgerlichen Proteste, bevor - sagen sie - "es zu spät ist". Der Aufruf wurde am Morgen des 10. Januar in einem Video mit einer Dauer von 1:38 Minuten aufgenommen und in verschiedenen Accounts sozialer Netzwerke veröffentlicht, einschließlich der Bürgerallianz für Gerechtigkeit und Demokratie, dem Unternehmerverband (COSEP), der amerikanisch-nicaraguanischen Handelskammer (AmCham) und der Nicaraguanischen Stiftung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (Funides). "41 Jahre nach der Ermordung des Märtyrers für öffentliche Freiheit, Pedro Joaquín Chamorro, der davon geträumt hat, dass "Nicaragua wieder eine Republik sein wird", und nach neun Monaten, in denen das nicaraguanische Volk eine seiner dramatischsten Episoden in der neueren Geschichte erlebt hat, bestehen wir darauf, dass der Dialog die einzige friedliche Alternative ist, um die Krise zu beenden", heißt es in der Veröffentlichung.

<https://confidencial.com.ni/ciudadanos-a-ortega-llaman-al-dialogo-con-video-viral/>

- Die Generaldirektion der Zollbehörde hat die Einkäufe an Papier und Ersatzteilen für eine Druckmaschine, die von einer den regierenden Sandinisten kritisch gegenüber stehenden Verlegergruppe gekauft wurden, noch nicht freigegeben. Der Vorsitzende der nicaraguanischen Verlegergruppe La Prensa warnte, dass die Publikation der lokalen Zeitungen gefährdet sei, da die notwendigen Mittel für den Druck der Zeitungen schon 4 Monate lang vom Regime zurück gehalten werden. "Wir werden kämpfen, solange wir können, und mit allen legalen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, die Nachrichten zu unseren Lesern bringen. Wir untersuchen gerade die Anpassungen, die möglich sind, damit (die vorhandenen Materialien) solange halten wie möglich" sagte Jaime Chamorro Cardenal, Direktor der Tageszeitung La Prensa, die zusammen mit der Gruppe Hoy von der Mediengruppe gedruckt wird.

<https://www.infobae.com/america/america-latina/2019/01/10/censura-en-nicaragua-el-regimen-de-daniel-ortega-cumple-cuatro-meses-reteniendolos-insumos-necesarios-para-la-prensa/>

- Die zentralamerikanische Universität (UCA) informierte, dass die Reduktion der vom Staat per Gesetz zur Verfügung gestellten Gelder in diesem Jahr C\$ 67.349.764,4 beträgt, das sind 26% weniger als der in 2018 zugewiesene Betrag. José Alberto Idiáquez, Rektor der jesuitischen Universität, erklärte, dass 2083 Studierende, die irgendeine Art von Stipendium erhalten, betroffen sind; und als Folge der Kürzungen wird die Universität gezwungen sein, mindestens 600 Anträge auf Neuaufnahme abzulehnen.

<https://www.elnuevodiario.com.ni/nacionales/483065-uca-fondo-institucional-afectacion-estudiantes-nic/>

- Sich aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OEA) zurück zu ziehen, hätte "enorme Nachteile" für Nicaragua, einschließlich des Ausschlusses aus interamerikanischen Organisationen, da es ein wirtschaftlich sehr verwundbares Land ist, bestätigte der politische Beobachter Bosco Matamoros. Nach Angaben von Matamoros, könnte Nicaragua, wenn es sich dazu entscheiden würde, sich aus der OEA zurück zu ziehen, nicht mehr an den Treffen und anderen Aktivitäten teilnehmen, trotzdem wäre das Land gezwungen, seine politische und demokratische Verantwortung zu erfüllen, denn diese internationale Organisation würde das Vorgehen der mittelamerikanischen Nation weiterhin überwachen.

<https://www.vostv.com.ni/politica/9400-las-consecuencias-que-pagaria-nicaragua-si-se-reti/>

- In Zusammenhang mit der außerordentlichen Sitzung des Permanenten Rats der OEA am Freitag wachsen die Erwartungen. Die außerordentliche Sitzung wurde vom Generalsekretär dieser Organisation, Luis Almagro, beantragt. In seinem Antrag vom 29. Dezember hielt Almagro es für notwendig, eine außerordentliche Sitzung einzuberufen, um in Bezug auf die Anwendung der Demokratischen Interamerikanischen Charta auf Nicaragua "eine gemeinsame Bewertung der Situation vorzunehmen und die entsprechenden Entscheidungen zu treffen". Spezialisten zu diesem Thema hatten darauf hingewiesen, dass wenn ein Mitgliedsland der OEA die konstitutionelle und demokratische Ordnung verletzt, jedes andere Mitgliedsland nach Artikel 20 der Demokratischen Interamerikanischen Charta ein Treffen des Ständigen Rats beantragen kann, um die Situation zu beurteilen und entsprechende Entscheidungen zu treffen.

<https://www.vostv.com.ni/politica/9398-que-escenarios-enfrentaria-nicaragua-este-viernes/>

- Am 8. Januar wurden Nelly Marily Roque, Roberto Altamirano, Hugo Ríos Castillo und Dilon Antonio Zeledón schuldig gesprochen wegen angeblichen Terrorismus und einfacher Entführung zum Nachteil von Charling Saúl González González. Nach Anklage der Staatsanwaltschaft geschahen diese Vorkommnisse am 31. Mai an der Straßensperre Las Praderas in Matagalpa. An diesem Freitag gegen 10 Uhr morgens wird die Fortsetzung der Verhandlung gegen die Mitglieder der Bewegung 19. April von Masaya Cristian Fajardo, seine Frau María Adilia Peralta und Santiago Fajardo erwartet. Dabei wird erwartet, dass das Öffentlichkeitsministerium seine letzten Zeugen präsentiert. Julio Montenegro, der Verteidiger auch in diesem Fall, zeigte an, dass sich die Ungereimtheiten im Prozess weiterhin fortsetzen, da mehrere Beweise, die die Unschuld seiner Mandanten belegen, entfernt wurden, und es sind neue Beweisstücke von der Staatsanwaltschaft eingeführt worden, darunter mehrere Fotos von den Handys der Angeklagten.
<https://www.vostv.com.ni/nacionales/9406-siguen-sentencias-de-culpabilidad-para-presos-poli/>
- Rafael Solís, Richter des obersten Gerichtshofes und loyaler Politikmanager im Justizsystem des Diktators Daniel Ortega, ist von seinem Amt in dieser Staatsgewalt und als Militanter der Frente Sandinista zurückgetreten, wie er selbst in einem Brief an Ortega, seine Frau Rosario Murillo und an den Präsidenten der Nationalversammlung Gustavo Porras mitgeteilt hat. In dieser Botschaft vom 8. Januar erklärt Solís, dass seine Entscheidung darauf zurückzuführen ist, wie Ortega und Murillo mit der politischen Krise im Land umgehen, die nach Angaben der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte der OEA mindestens 325 Tote, mehr als 2000 Verletzte und 550 Festgenommene und Verurteilte gekostet hat, außerdem die Entlassung von 300 Personen Gesundheitspersonal und die Verweisung von der Uni von mindestens 144 Studierenden der UNAN. Rafael Solís war einer der sprachgewandtesten politischen Sprecher der FSLN. Er bleibt Richter am Obersten Gerichtshof, geschützt durch das Dekret, das Präsident Daniel Ortega im Januar 2010 herausgegeben hat. Er war einer der Vollstrecker der Verfassungsreformen, die es Ortega erlaubt haben, an der Macht zu bleiben.
<https://confidencial.com.ni/rafael-solis-renuncia-a-la-corte-suprema-de-justicia/>
- Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH) beklagte am 10. Januar die Schwächung des Rechtsstaats angesichts der "schweren Verletzungen" der Menschenrechte in Nicaragua, am Vortag einer Sitzung des Ständigen Rats der Organisation Amerikanischer Staaten (OEA) am 11. Januar zu diesem Thema. "Die CIDH drängt Nicaragua, die Bedingungen

zur Garantie der fundamentalen Rechte und der Menschenrechte wieder herzustellen, um dem Rechtsstaat im Land wieder Gültigkeit zu verschaffen", sagte die Kommission in einem Kommuniqué. Die Organisation machte diese Aussagen einen Tag bevor der Ständige Rat der OEA an diesem Freitag eine außerordentliche Sitzung abhält, um die Krise in Nicaragua weiter zu verfolgen. In ihrer Botschaft mahnte die CIDH, dass die "schwere Krise" der Menschenrechte im Land seit mehr als 8 Monaten anhält "aufgrund der Einrichtung eines de facto Ausnahmezustandes, der charakterisiert ist durch missbräuchliche Ausübung von Staatsgewalt, um die Stimmen der Regierungsgegner zu unterdrücken." Die Kommission kritisierte außerdem die Schließung und Zensur der Medien, Gefängnis oder Exil für die Journalisten und soziale Führungspersonen, sowie die Einmischung und Kontrolle der Exekutive in die anderen Gewalten. Nach Angaben der CIDH "verfestigen diese Faktoren die Straflosigkeit der Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der staatlichen Unterdrückung".

- <https://confidencial.com.ni/cidh-reitera-debilitamiento-de-estado-de-derecho-en-nicaragua/>

- Der Vize-Außenminister von Paraguay, Hugo Saguier, versicherte heute, dass "Nicaragua sich in ein zweites Venezuela verwandeln könnte", wenn es "den aktuellen Kurs" beibehielte in Bezug auf die registrierten Ereignisse im mittelamerikanischen Land, die eine "erhebliche Anzahl von Toten" verursacht haben. Die Erklärungen von Saguier vor den Medien erfolgten heute zum Zeitpunkt der außerordentlichen Sitzung des Ständigen Rats der Organisation Amerikanischer Staaten, um die Situation Nicaraguas zu analysieren. In diesem Sinne erinnerte er daran, dass Mario Abdo Benítez am 15. August bei seiner Einsetzung als Präsident Paraguays seine "Sorge" über Venezuela und Nicaragua zum Ausdruck brachte und ausführte, dass seine Exekutive an einer "bestimmenden" Haltung zu diesem Thema festhalten würde.

<https://www.infobae.com/america/america-latina/2019/01/12/paraguay-alerto-que-nicaragua-podria-convertirse-en-una-segunda-venezuela/>